

Lehrer, bleibt im Aargau: Jetzt sollen die Löhne steigen

An den Aargauer Schulen soll ein neues Lohnsystem eingeführt werden, die Löhne sollen an jene in den umliegenden Kantonen angepasst werden. So will der Regierungsrat dem Lehrermangel entgegenwirken und verhindern, dass Lehrkräfte abwandern.



Bildungsdirektor Alex Hürzeler zu Beginn des Schuljahrs bei einer Mittelschulklasse in Zofingen. Er will mit dem

Eva Berger

Das Lehrerdasein im Aargau ist derzeit nicht besonders attraktiv – zumindest was den Lohn betrifft. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der umliegenden Kantone verdienen Aargauer Lehrerinnen und Lehrer eher schlecht. Lehrpersonen nehmen darum häufig lieber eine Stelle jenseits der Kantonsgrenze an, der Lehrermangel im Aargau bleibt bestehen.

Als Referenz dient der Durchschnitt der Löhne in den Kantonen Bern, Zürich, Zug, Luzern, Baselland, Basel-Stadt und Solothurn. Eine Lehrerin an einer Primarschule im Aargau verdient derzeit im ersten Jahr 2835 Franken weniger als der Durchschnitt ihrer Kolleginnen in diesen Kantonen. Im elften Berufsjahr gar 12 594 Franken, was 11,5 Prozent oder über 1000 Franken im Monat entspricht. Bei Lehrerinnen und Lehrern an Mittelschulen sind die Unterschiede noch grösser: Im elften Berufsjahr verdienen die Aargauer 17 Prozent oder 21 247 Franken weniger pro Jahr als die Mittelschullehrerinnen der Vergleichskantone.

«Das ist nicht länger in diesem Masse haltbar», sagte Bildungsdirektor Alex Hürzeler am Freitag vor den Medien. Um das Problem zu beheben, soll das Lohnwesen für Lehrpersonen und Schulleitungen der Volksschule revidiert werden, das heutige System wird ersetzt. Neben der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ist das auch deswegen nötig, weil beim jetzigen

System nicht ausgeschlossen werden kann, dass es Frauenberufe diskriminiert.

Im Februar hat der Regierungsrat das Projekt «Arcus» vorgestellt, bis 30. April war der Vorschlag in der Vernehmlassung, gestern präsentierten der Bildungsdirektor und Projektleiterin Christine Fricker die angepasste Vorlage.

Die Erfahrung soll zählen, nicht nur das Alter

Heute werden die Löhne und Lohnstufen im Aargau anhand eines komplexen Vektorenmodells berechnet. Für die indivi-

duellen Löhne ist das Lebensalter entscheidend, nicht die Berufserfahrung. Mit «Arcus» soll diese sowie die berufsrelevante Lebenserfahrung mit einfließen. Das ist in anderen Kantonen längst üblich.

In den ersten Jahren der Berufskarriere steigen die Löhne nach neuem Modell stärker an als heute, gegen Ende flacht dieser Anstieg ab, der Maximallohn wird früher erreicht als bisher. Für Kindergarten- und Primarschullehrpersonen werden die Löhne während der gesamten Karriere erhöht. Auf der Sekundarstufe 2, der Mittelschule und

an den Berufsfachschulen sind sie nach dem neuen Modell zu Beginn und in späteren Berufsjahren tiefer als heute.

Löhne für Berufsfachlehrerinnen und Mittelschullehrer sind mit «Arcus» in der Mitte der Karriere höher als heute, aber noch immer nicht konkurrenzfähig. Das System für diese Sparten deshalb ganz neu aufstellen – das wollte der Regierungsrat nicht. Deshalb schlägt er vor, diese Löhne mit einer Marktzulage von drei Prozent zu ergänzen. Eine solche Zulage ist bereits in den Lohndekretten vorgesehen. Diese Möglichkeit

werde aber, so Alex Hürzeler, nur sehr selten angewendet.

Kosten von fast 70 Millionen Franken

Der Bildungsdirektor ist insgesamt zufrieden mit «Arcus». Der Aargau komme damit weg von seiner Sonderlösung hin zu einem «gut modellierten Lohnsystem nach anerkannten Standards», sagte er. Es gebe mehr Differenzierung anstelle eines Giesskannenprinzips.

Und schliesslich wird im Aargau in Zukunft auch zwischen den Funktionen unterschieden. Hat eine Lehrerin bei-

spielsweise die Klassenverantwortung, so ist das im Gegensatz zu heute lohnrelevant, sie verdient künftig also mehr.

Natürlich hat die Umstellung ihren Preis. «Die Kosten waren in der Anhörung ein wichtiges Thema und sie werden es auch in der Debatte im Grossen Rat sein», warnte der Bildungsdirektor. Seine eigene Partei, die SVP, ist nicht einverstanden, dieses Geld auszugeben (siehe Text unten). Jährlich entstehen mit dem neuen Lohnsystem Mehrkosten von total 68,7 Millionen Franken. Inklusiv der Arbeitgeberbeiträge beläuft sich

SVP sieht Lohnerhöhungen als nicht finanzierbar an

Der Kanton könne sich das teure neue Lohnsystem nicht leisten, kritisiert die Partei des Bildungsdirektors.

Reaktionen Der Grosse Rat wird sich voraussichtlich im Dezember über das neue Lohnsystem beugen. Und obwohl sich die Parteien grundsätzlich einig zu sein scheinen, dass der Aargau konkurrenzfähige Schulen und marktübliche Lehrerlöhne braucht, so ist der Vorschlag des Regierungsrats doch noch nicht in trockenen Tüchern. Die SVP, die Partei von Bildungsdirektor Alex Hürzeler, meldet am Freitag nach der regierungsrätlichen Pressekonferenz Opposition an: «Diese Revision ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar und muss sisiert werden», so Grossrätin Doris Iten für die Partei.

Die SVP sei mit den Kosten von knapp 70 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden nicht einverstanden. Sie kritisiert, dass der Regierungsrat nicht eine gegenüber der Anhörung überarbeitete, kostenneutrale Vorlage unterbreitet habe. Die Einführung zu etappieren, was mehrere Parteien vorschlagen, lehnt der Regierungsrat ab – das würde das Lohnsystem durch Ein- und Austritte verkomplizieren. Auch sei unklar, wie sich die Finanzlage bis zur Einführung Anfang 2022 entwickle.

Die SVP hatte in der Anhörung unter anderem zu bedenken gegeben, dass die Löhne der

Lehrpersonen zu rasch steigen würden, was den Kanton teuer zu stehen komme. Gerade im Hinblick auf die Coronakrise seien diese finanziellen Folgen nicht zu rechtfertigen. «In der jetzigen Rezession gewinnt der sichere Lehrerberuf automatisch an Attraktivität und die Konkurrenzsituation entschärft sich», stellt die SVP in ihrer Mitteilung weiter klar.

FDP und CVP prüfen noch, SP dafür, Grüne mit Kritik

Ob die SVP im Grossen Rat auf die Hilfe der FDP zählen kann, ist offen. Sie werde sich zu einzelnen Vorschlägen nach einer

kritischen Beurteilung detaillierter äussern, kündigt die Partei an. Der zusätzliche Finanzbedarf werde im Hinblick auf die angekündigte finanzpolitische Ausleerung zu beurteilen sein. Aber die FDP anerkennt den Handlungsbedarf für eine Revision des Systems.

«In einer ersten Prüfung stützt die CVP ganz klar das gezogene Fazit der Regierung», teilt die Mittepartei mit. Und die SP stellt in einer Mitteilung klar: «Eine Verschiebung oder gar Ablehnung der Lohnrevision im Grossen Rat wäre für die Aargauer Schule fatal und kommt für die SP nicht in Frage.»

Kritik gibt es von den Grünen, die festhalten: «Das Hauptziel der Lohnrevision, für alle Stufen konkurrenzfähige Löhne bieten zu können, wird klar verfehlt.» Die Revision gehe in die richtige Richtung, sei aber ungenügend. Es brauche mehr als die zusätzlichen 69 Millionen Franken pro Jahr, finden die Grünen.

Die EVP unterstützt das Projekt «in seinen Grundzügen und im finanziellen Umfang». Sie beurteilt die Lohnrückstände zu den Nachbarantonen in Zeiten des Fachpersonalmangels als äusserst kritisch und stellt sich daher hinter eine komplette Einführung im Jahr 2022. (eva)



neuen Lohnsystem die Aargauer Schule stärken. Bild: Britta Gut (10.8.2020)

SP verlangt mehr Kontrolle über die Kantonsspitäler

Nach dem Bericht zur Chefarzt-Affäre schliesst die Partei nicht aus, dass künftig wieder ein Regierungsrat im Verwaltungsrat sitzen soll.

Noemi Lea Landolt

Zwei Chefärzte an den beiden Kantonsspitalern in Aarau (KSA) und Baden (KSB) haben falsch abgerechnet. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates in ihrem Bericht, den sie am Donnerstag vorgestellt hat (AZ vom Freitag). Viel mehr hat die Arbeitsgruppe der Kommission aber nicht herausgefunden. Die Affäre ist damit weiterhin nicht restlos geklärt. Das liegt laut Kommission daran, dass weder Spitäler noch Regierung an einer vollständigen Aufklärung interessiert waren. «Ungeügend» war aus der Sicht der GPK sowohl die Aufsichtsfunktion als auch das Risikobewusstsein und das Risikomanagement des Regierungsrates.

Für die SP Aargau zeigt die Untersuchung der Chefarzt-Affäre, dass es auch bei privat-rechtlich geführten Firmen im Besitz der öffentlichen Hand «klare und eindeutige Kontrollmechanismen des Staates» braucht. Dass die beiden Kantonsspitäler als Aktiengesellschaften organisiert sind, entbinde den Regierungsrat nicht davon, seiner Oberaufsichtspflicht «umfassend» nachzukommen, schreibt die SP.

«Regelmässige Gespräche reichen offenbar nicht»

Umstände verändern statt Vergangenheit aufarbeiten

Mit dem Bericht der GPK sei die Sache für ihre Partei nicht abgeschlossen, sagt Fraktionspräsidentin Claudia Rohrer. Der Bericht sei eine sehr gute Diskussionsgrundlage, um auszuloten, wie die heutigen Regeln für Gesellschaften in staatlichem Besitz verbessert werden könnten. Die Untersuchung der Chefarzt-Affäre zeige, dass regelmässige Eigentümergespräche zwischen den Spitalern und dem Regierungsrat sowie die Berichterstattung der Spitäler an den Regierungsrat «nicht reichen, um ein angemessenes Risikomanagement sicherzustellen». Rohrer schliesst deshalb nicht aus, dass künftig wieder ein Mitglied des Regierungsrates oder eine Person aus der Kantonsverwaltung im Verwaltungsrat der Spitäler sitzen soll. «Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, Vor- und Nachteile zu analysieren. Die heutigen Regeln sind nicht in Stein gemeisselt.»

Die SP werde die aktuellen Eigentümerstrategien der Spitäler und die Regeln der Corporate

Governance analysieren und bei Bedarf über Vorstösse im Grossen Rat Anpassungen verlangen. «Der Staat kann und darf sich nicht aus dem Service public zurückziehen», sagt Rohrer.

Umstände verändern statt Vergangenheit aufarbeiten

Um die Vorwürfe im Zusammenhang mit falschen Abrechnungen an den Kantonsspitalern restlos zu klären, könnte der Grosse Rat eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzen. In der Fraktion der SP gebe es sicher Grossrätinnen und Grossräte, die sich eine PUK vorstellen könnten, sagt Rohrer.

Sie selbst wird diesbezüglich aber nicht vorpreschen: «Ich schaue lieber in die Zukunft.» Gewisse Dinge werde man vielleicht nie im Detail nachvollziehen oder klären können. «Aber anhand der bisherigen Erkenntnisse können wir die Zukunft gestalten», ist sie überzeugt.

Neben der SP haben auch die Grünliberalen angekündigt, am Thema dranzubleiben und wenn nötig – im Grossen Rat weitere Vorstösse einzureichen. Für die GLP sind viele Fragen noch offen (siehe Artikel unten).

Nachrichten

Einbrecher auf frischer Tat festgenommen

Lupfig Dank der Meldung eines Nachbarn hat die Kantonspolizei am Freitag einen Rumänen und einen Georgier beim Einbruch in eine Wohnung festgenommen. Tatort war ein Mehrfamilienhaus an der Bahnhofstrasse in Lupfig. (az)

Mit mehr als 2 Promille einen Unfall verursacht

Mellikon Ein stark alkoholisiert 48-jähriger Italiener hat bei einer Abzweigung ein anderes Auto übersehen und gerammt. Verletzt wurde niemand, es entstand aber grosser Sachschaden. Der Unfallfahrer wie einen Alkoholwert von 2 Promille auf, die Polizei nahm ihm den Führerausweis auf der Stelle ab. (az)

Unfall auf der Autobahn: Ford überschlägt sich

Kölliken Nach einer seitlichen Kollision mit einem Mitsubishi Pajero ist ein Ford S-Max von der A1 abgekommen und hat sich mehrfach überschlagen. Der Fordlenker wurde verletzt ins Spital gebracht, der Unfallverursacher blieb unverletzt. (az)

Junglenker kracht mit BMW in die Tunnelwand

Küttigen Ein 19-Jähriger hat mit seinem BMW nach dem Kreiseln vor dem Horentaltunnel zu stark auf Gas gedrückt. Er geriet mit dem Auto ins Schlingern und krachte in die Tunnelwand. Die Polizei nahm dem Junglenker den Führerausweis ab, sein Auto wurde sichergestellt. (az)

Polizei schnappt drei junge Einbrecher

Westaargau In einem Einfamilienhaus in Untereffelden ist am Freitagnachmittag eingebrochen worden. Hausbewohner überraschten das Einbrechertrio und meldeten dies sofort der Polizei. Diese nahm nach einer Verfolgungsjagd auf dem A1-Rastplatz Lenzburg drei Jugendliche fest. Bei den Festgenommenen handelt es sich um zwei Serben und eine Kroatin im Alter zwischen 15 und 17 Jahren. (az)

der Nettoaufwand für den Kanton auf 50,6 Millionen Franken, für die Gemeinden auf 17,1 Millionen. Der steilere Anstieg der Lohnkurve zu Beginn, die höheren Anfangslöhne und die Ausrichtung am Markt führen zu diesen Mehrkosten.

Lehrerverband und Schulleiter für Anpassung

Aber diese Kosten würden teilweise nach wenigen Jahren wieder ausgeglichen, sagt Kathrin Scholl, Präsidentin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands. «Das jetzige System ist für teurere, ältere Lehrpersonen und Quereinsteiger attraktiver als für Jüngere», sagt sie. Das würde sich mit «Arcus» ändern und wiederum zu Einsparungen führen, das hätten Berechnungen ergeben.

Sowieso tue ein neues, konkurrenzfähiges Lohnsystem not, so Scholl: «Wir hatten noch nie so viele Kantonsübertritte von Lehrpersonen, wie in diesem Jahr.» Der Mangel an geeigneten Lehrkräften sei vorhanden und müsse behoben werden. Der Verband hätte sich vom Kanton zwar etwas mehr Transparenz gewünscht, sagt die Präsidentin. Insgesamt seien die Lehrerinnen und Lehrer mit der Vorlage aber einverstanden.

So sieht es auch der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Aargau. Der Kanton leide seit Jahren am Mangel an ausgebildeten Lehrkräften und könne so die Qualität seiner Schulen je länger je mehr nicht mehr halten, schreibt der Schulleiterverband in seinem Positionspapier zur Lohnrevision. Die aktuelle Alterseinstufung sei zwar für Quer- und Wiedereinsteiger attraktiv, «es benachteiligt aber die Jungen und führt zu hohen Kosten, weil Ältere kommen und Jüngere gehen». Durch die Laufbahnoptionen, die bessere Lohnentwicklung in den ersten Berufsjahren und die individuelle Lohnfestlegung werde der Lehrberuf mit dem neuen Modell attraktiver, ist der Verband überzeugt.

Neuer Lehrgang für Quereinsteiger

Wer über 30 Jahre alt ist und eine Vorbildung für ein Studium besitzt, erhält ab dem Herbstsemester 2021 erleichterten Zugang zur Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz. Nach einem Jahr Vollzeitstudium erfolgt der Einstieg in den Lehrberuf, studienbegleitend zu 30 bis 50 Prozent. Angeboten wird diese Variante für die Studiengänge Kindergarten/Unterstufe, Primarstufe sowie Sekundarstufe. Bei abgeschlossenem Studium erhalten die Studierenden das reguläre, schweizweit anerkannte Lehrdiplom. Die Anmeldefrist läuft von 1. Januar bis 28. Februar 2021. (az)

papier zur Lohnrevision. Die aktuelle Alterseinstufung sei zwar für Quer- und Wiedereinsteiger attraktiv, «es benachteiligt aber die Jungen und führt zu hohen Kosten, weil Ältere kommen und Jüngere gehen». Durch die Laufbahnoptionen, die bessere Lohnentwicklung in den ersten Berufsjahren und die individuelle Lohnfestlegung werde der Lehrberuf mit dem neuen Modell attraktiver, ist der Verband überzeugt.

Voraussichtlich im Dezember wird der Grosse Rat über die «Arcus»-Vorlage entscheiden. Bei seiner Zustimmung des Parlaments soll das neue Lehrers Lohnsystem auf den 1. Januar 2022 eingeführt werden.

Bonuszahlungen für die zwei fehlbaren Ärzte?

Offene Fragen Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates hat zwei Jahre lang Vorkommnisse rund um falsche Abrechnungen an den Kantonsspitalern in Aarau (KSA) und Baden (KSB) untersucht. Am Donnerstag hat die GPK ihren Bericht vorgestellt. Dass die Kommission tätig wurde, ist auf einen Antrag der Grünliberalen zurückzuführen. In einer Mitteilung hat sich die Partei bei GPK und Finanzkontrolle für die Hartnäckigkeit bedankt. Allerdings ist die GLP genauso irri-

tiert wie die GPK, dass die Vorfälle trotz Untersuchung nicht vollständig geklärt sind. Weiter seien viele Fragen offen, hält die Partei fest. Zum Beispiel, wie viele Mittel den Spitalern entzogen worden sind oder welche Rolle die Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte spielten. Unklar sei zudem, welcher Zeitraum mit Blick auf falsche Abrechnungen untersucht worden sei. Klarheit wünscht sich die Partei auch zu den Resultaten der durchgeführten Stichproben und deren Erhebungs-

methodik. Schliesslich fragen die Grünliberalen, welche strafrechtlichen Konsequenzen zu erwarten sind. Und sie wollen wissen, ob die Chefärzte trotz ihrer Verfehlungen noch Bonuszahlungen erhalten haben.

Die Grünliberalen erwarten von der Regierung, dass sie den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission folgt und für Transparenz sorgt. Sie fordert eine rückblickende Klärung der Vorfälle und transparente Lohnsysteme an Spitalern, wo dies noch nicht der Fall ist. (nla)

ANZEIGE



Unternehmen mit sozialem Auftrag sind systemrelevant

Es braucht Menschen im Grossen Rat, welche die komplexen Herausforderungen und die Wichtigkeit von guten Rahmenbedingungen verstehen. Für diese Unternehmen, und somit für die Menschen mit Beeinträchtigung, empfiehlt AVUSA die abgebildeten Kandidierenden zur Wahl.

Grossratswahl 2020

www.avusa.ch
AVUSA
Aargauischer Verband Unternehmen mit sozialem Auftrag